
2.1 Bis 1990

Die Bundestagswahlen seit 1949 führten zu Ergebnissen, mit denen anfangs so nicht gerechnet werden konnte. Die Bürger wählten mit überwältigender Mehrheit demokratische Parteien, anders als in der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik. Die Parteien der „Weimarer Koalition“ (die SPD, das katholische Zentrum und die linksliberale Deutsche Demokratische Partei) verloren schon bei der ersten Reichstagswahl 1920 die absolute Mehrheit und erlangten sie nie wieder. Bei den beiden Reichstagswahlen 1932 erzielten die antidemokratischen Parteien der NSDAP und der KPD jeweils eine „negative Mehrheit“. Sie waren sich nur einig in dem, was sie nicht wollten, aber nicht einig in dem, was sie wollten. Kein Reichstag überdauerte die volle Legislaturperiode.

In der stabilen Bundesrepublik Deutschland wurde der Bundestag hingegen nur dreimal vorzeitig aufgelöst: 1972, 1983 und 2005. Daher kam es lediglich in drei Fällen zu vorzeitigen Neuwahlen, wobei diese 1983 und 2005 nicht auf instabile Verhältnisse zurückgingen. Da das Grundgesetz über kein Selbstauflösungsrecht des Parlaments verfügt, müssen die Parteien den Weg über die Vertrauensfragen gehen, um Neuwahlen herbeiführen zu können.

Im Jahr 1972 tobte in der Bundesrepublik ein heftiger Kampf um die neue Ostpolitik. Die Union verzeichnete „Überläufer“ aus den Reihen der Regierungsparteien. Der Versuch von Rainer Barzel, Willy Brandt mit Hilfe des konstruktiven Misstrauensvotums zu stürzen, schlug fehl. Ihm fehlten zwei Stimmen. Wie man inzwischen weiß, hatte die Staatssicherheit der DDR ihre Hände im Spiel. Der CDU-Abgeordnete Julius Steiner stimmte für 50.000 DM gegen Barzel, und der CSU-Abgeordnete Leo Wagner tat dies für den gleichen Betrag wahrscheinlich ebenso. Barzel hatte zwar keine Mehrheit, aber auch Brandt mangelte es bei

der anschließenden Abstimmung über den Haushalt an ihr. Brandt musste die Vertrauensfrage stellen, da anders die Patt-Situation nicht zu beseitigen war. Er enthielt sich mit den Mitgliedern des Kabinetts der Stimme und bekam so, wie gewünscht, keine Mehrheit. Die vorgezogenen Wahlen bescherten der SPD, der zum ersten Mal stärksten Partei, und ihrem Koalitionspartner FDP einen Triumph.

Im Jahr 1982 geriet die sozial-liberale Koalition zunehmend in ein schwieriges Fahrwasser. Es kriselte einerseits zwischen der SPD und der FDP, die eine wirtschaftliche „Wende“ wünschte, und andererseits zwischen den Flügeln der SPD (wegen des Streits über die Kernenergie und die Nachrüstung). Bundeskanzler Helmut Schmidt trat die Flucht nach vorn an, gab das Ende der Koalition bekannt und fand sich zu sofortigen Neuwahlen mit Hilfe der Vertrauensfrage bereit. Doch nahmen Union und FDP dieses Angebot nicht an, sie wählten stattdessen Helmut Kohl am 1. Oktober 1982 mit Hilfe des konstruktiven Misstrauensvotums zum Bundeskanzler. Da die Liberalen bei der Bundestagswahl 1980 aber noch die SPD unterstützt hatten, bedürfte es, lautete der Tenor der öffentlichen Meinung, eines neuen Wählervotums, um die Regierung zu legitimieren. Helmut Kohl stellte daher am 17. Dezember die Vertrauensfrage. Verabredungsgemäß enthielt sich die große Mehrheit der Koalitionsabgeordneten der Stimme. Bundespräsident Karl Carstens löste nach einigem Zaudern am 7. Januar 1983 das Parlament auf und machte damit den Weg für Neuwahlen frei, welche die Union klar gewann.

Die Lage 2005 war zwischen der von 1972 und der von 1982 angesiedelt. Im Gegensatz zu 1972 hatte Gerhard Schröder 2005 zwar eine knappe Mehrheit, die allerdings nicht annähernd an die Kohls von 1982 heranreichte. Gerhard Schröder verwies auf die Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen Bundestag und Bundesrat, insbesondere auf die Blockadehaltung der Union. Für ihn sei eine Legitimation durch Wahlen unverzichtbar, da Kritiker der Agenda 2010, die er fortzusetzen wünschte, seine Handlungsfähigkeit gefährdeten. Erneut entsprach der Bundespräsident der Bitte des Kanzlers, nachdem dessen Vertrauensfrage gescheitert war, das Parlament aufzulösen. Im Gegensatz zu 1972 und 1983 konnte der bisherige Kanzler nach den Wahlen sein Amt allerdings nicht mehr ausüben, denn seine Partei verlor.

Diese Entscheidungen – des Kanzlers, des Parlaments, des Präsidenten, des Gerichts – stießen nicht nur auf Zustimmung. Der Sinn der Vertrauensfrage, die zur Stabilisierung der Regierung dienen soll, werde in sein Gegenteil verkehrt. Es vollziehe sich ein Verfassungswandel von einer repräsentativen zu einer plebiszitären Demokratie. Ein Selbstauflösungsrecht des Bundestages im Grundgesetz zu verankern wäre hilfreich. Schließlich ist Deutschland von „Weimarer Verhältnissen“ weit entfernt.

Bei den Bundestagswahlen ist eine beeindruckende Stabilität der Parteien erkennbar (vgl. Tab. 2.1), sieht man von 1949 ab, als der Aggregatzustand des Parteiensystems noch flüssig war. Die CDU erreichte seinerzeit (es gab nur eine Stimme, die für die Partei und den Wahlkreiskandidaten zählte) 31,0 %, die SPD 29,2 %, die FDP 11,9 %. Die „sonstigen Parteien“ verbuchten immerhin 26,9 %. Nachdem die Union bei der zweiten Bundestagswahl eine hauchdünne absolute Mehrheit der Mandate erreicht hatte, fiel das Wort „Wahlwunder“ (Dolf Sternberger). Bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 erzielten CDU/CSU, SPD und FDP gar 99,1 % aller Stimmen. Seither ist der Grad der Parteienkonzentration zwar deutlich zurückgegangen, doch liegt er im europäischen Maßstab immer noch hoch. Von 1961 bis 1983 gab es nur drei Fraktionen. Seit 1957 haben außer CDU/CSU, SPD und FDP lediglich zwei andere Parteien die Fünfprozenthürde überwinden können: die Grünen und Die Linke. Seit der deutschen Einheit schnitt die Union fünfmal besser ab (1990, 1994, 2005, 2009, 2013), die SPD zweimal (1998, 2002).

Fungieren die Bundestagswahlen als „Hauptwahlen“, sind die anderen Wahlen „Nebenwahlen“, die wesentlich, wenngleich keineswegs ausschließlich, von der Bundespolitik geprägt sind. Gleichwohl fallen die Ergebnisse zum Teil anders aus. Auf „Nebenwahlen“ treffen folgende Spezifika zu: Der Wahlkampf wird wesentlich auch von Sachthemen (issues) geprägt, für die die Wahl gar nicht bestimmt ist; die Wahlbeteiligung liegt deutlich unter jener der „Hauptwahl“; der Wähler gibt seine Stimme eher einer kleineren Partei; es gilt folgendes Muster: Direkt nach der „Hauptwahl“ dürfte die Regierungspartei gut abschneiden, später bedeutend an Stimmen verlieren, ehe sie sich schließlich wieder verbessert. Freilich ist dies ein idealtypischer Verlauf.

Gemäß dem föderativen Prinzip finden in den Ländern alle fünf Jahre (bis auf Bremen: Hier wird wie im Bund aller vier Jahre gewählt) Wahlen statt. Die Wahlbeteiligung liegt im Schnitt zehn Prozentpunkte unter der von Bundestagswahlen. Es gibt Länder mit struktureller Unions- und Länder mit struktureller SPD-Mehrheit. Cum grano salis gilt: Im Süden reüssiert die Union, im (ärmeren) Norden eher die SPD, wenngleich der wirtschaftliche Nord-Süd-Gegensatz längst nicht so ausgeprägt ist wie etwa in Italien. Durch die deutsche Einheit hat sich daran im Prinzip nichts geändert. In der Wahlforschung wird die Frage erörtert, in welchem Umfang die Landtagswahlen durch bundespolitische Umstände geprägt sind. Der Zusammenhang an sich dürfte unbestreitbar sein – die Frage der Gewichtung ist allerdings umstritten. Die Parteien, die in aller Regel Bundespolitiker in den Wahlkampf schicken, neigen häufig dazu, die Landtagswahlen als Test für den Bund anzusehen – wenn sie Erfolg hatten. Im umgekehrten Fall verweisen sie auf regionale Besonderheiten. Tatsächlich beschränken sich die Themen nicht auf

Tab. 2.1 Erst- und Zweitstimmen der Parteien bei den Bundestagswahlen von 1953 bis 2013 (in Prozent). (Quelle: Zusammenstellung nach den Wahlstatistiken)

	CDU/CSU		SPD		FDP		B90/Gr		PDS bzw. Die Linke		Sonstige Parteien	
	Erstst.	Zweitst.	Erstst.	Zweitst.	Erstst.	Zweitst.	Erstst.	Zweitst.	Erstst.	Zweitst.	Erstst.	Zweitst.
1953	43,7	45,2	29,5	28,8	10,8	9,5	–	–	–	–	16,0	16,5
1957	50,3	50,2	32,0	31,8	7,5	7,7	–	–	–	–	10,2	10,3
1961	46,0	45,3	36,5	36,2	12,1	12,8	–	–	–	–	5,4	5,7
1965	48,8	47,6	40,1	39,3	7,9	9,5	–	–	–	–	3,2	3,6
1969	46,6	46,1	44,0	42,7	4,8	5,8	–	–	–	–	4,6	5,5
1972	45,4	44,9	48,9	45,8	4,8	8,4	–	–	–	–	0,9	0,9
1976	48,9	48,6	43,7	42,6	6,4	7,9	–	–	–	–	1,0	0,9
1980	46,0	44,5	44,5	42,9	7,2	10,6	1,9	1,5	–	–	0,4	0,5
1983	52,2	48,8	40,4	38,2	2,8	7,0	4,1	5,6	–	–	0,5	0,4
1987	47,8	44,3	39,2	37,0	4,7	9,1	7,0	8,3	–	–	1,3	1,4
1990	45,7	43,8	35,2	33,5	7,8	11,0	5,6	5,1	2,3	2,4	3,4	4,2
1994	45,0	41,4	38,3	36,4	3,3	6,9	6,5	7,3	4,1	4,4	2,8	3,6
1998	39,6	35,1	43,8	40,9	3,0	6,2	5,0	6,7	4,9	5,1	3,7	5,9
2002	41,1	38,5	41,9	38,5	5,8	7,4	5,6	8,6	4,3	4,0	1,3	3,0
2005	40,9	35,2	38,4	34,2	4,7	9,8	5,4	8,1	8,0	8,7	2,6	3,9
2009	39,4	33,8	27,9	23,0	9,4	14,6	9,2	10,7	11,1	11,9	3,0	6,0
2013	45,3	41,5	29,4	25,7	2,4	4,8	7,3	8,4	7,7	8,6	7,9	11,0

landesspezifische Eigentümlichkeiten, sondern beziehen auch die Bundespolitik ein, zum Teil deshalb, weil die Landespolitik aufgrund ihres geringen Grades an Publizität sich weniger zur Mobilisierung von Wählern eignet, zumal die effektiven Unterschiede zwischen den Parteien als kaum wahrnehmbar erscheinen. Die Hauptregierungspartei im Bund wird bei Landtagswahlen oft „abgestraft“.

Seit 1979 gibt es die Direktwahl des Europäischen Parlaments. Die niedrige Wahlbeteiligung liegt sogar unter der Partizipationsrate bei Gemeindewahlen. Bürger bleiben nicht zuletzt aufgrund der unzureichenden Kompetenzen des Europaparlaments der Wahl fern. Europawahlen gelten nicht nur in der Bundesrepublik als Nebenwahlen. Seit 2014 gilt für diese Wahlen die Fünfprozentklausel durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht mehr, da das Europäische Parlament keine Regierung wählt. Bei allen acht Europawahlen reüssierte die Union als stärkste Kraft.

Nach Art. 28 Abs. 1 GG muss die Bevölkerung nicht nur in den Ländern, sondern auch in den Gemeinden und Kreisen eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Vertretung haben. Bei Kommunalwahlen spielen die bundespolitischen Momente eine viel geringere Rolle als bei Europa- und Landtagswahlen. Sie sind angesichts ihres untergeordneten Gewichts also keine Testwahlen, wie beispielsweise auch die niedrige Wahlbeteiligung belegt, die im Schnitt – es gibt Ausschläge nach oben und unten – noch einmal um etwa zehn Punkte geringer ausfällt als bei Landtagswahlen. Die Freien Wähler, die bei Kommunalwahlen zunehmend reüssieren, begründen ihr Engagement damit, dass eine Politisierung den kommunalen Aktivitäten nicht gut tut. Im Gegensatz zu Bundestags- und Landtagswahlen fehlt bei Kommunalwahlen häufig ein einheitlicher Trend, wenngleich mitunter bestimmte Tendenzen – z. B. in Großstädten – auszumachen sind, die sich bei anderen Wahlen offenbaren. Die Wahlforschung hat diesen Bereich bisher ausgesprochen stiefmütterlich behandelt. Zum Teil werden die im Vergleich zum Bund unterschiedlichen Ergebnisse mit der geringeren Partizipation gedeutet, zum Teil mit regionalspezifischen Faktoren (z. B. aufgrund personeller Faktoren).

Prägten in den fünfziger Jahren die konfessionelle und die wohlfahrtsstaatliche Konfliktlinie entscheidend das Wahlverhalten (wobei es mehr auf die Bindung an die Kirchen und die Gewerkschaften ankommt als auf bloße Zugehörigkeit), hat sich in den achtziger Jahren ein weiterer Konfliktbereich dazu gesellt – die ökologische Dimension. Schließlich gibt es seit einiger Zeit einen Streit um „nationale Identität“.

Das Wahlverhalten wird stark von den wirtschaftlichen Verhältnissen und der Person des Kanzlers bzw. des Kanzlerkandidaten beeinflusst. So gingen die Erfolge der Union in den fünfziger Jahren nicht zuletzt auf den ökonomischen Aufschwung („Wirtschaftswunder“) und die Person Adenauers zurück. Der Kanzlerbonus war im Jahr 1972 ebenso besonders stark („Brandt-Wahlen“) wie 1990

(„Kohl-Wahlen“) und 2013 („Merkel-Wahlen“). Eine große Schwierigkeit besteht allerdings darin, die einzelnen Faktoren zu gewichten. Etwa: Welche Rolle spielt der Kanzlerbonus, wie stark (und vor allem: wie) schlägt Arbeitslosigkeit auf das Wahlverhalten durch, hat der Wandel der Sozialstruktur einen wesentlichen Einfluss auf das Wahlergebnis, welche Rolle spielt die nachlassende Parteiidentifikation, welche die konfessionelle bzw. gewerkschaftliche Bindung, welche die ökologische und die nationale Dimension?

Die Zahl der Stammwähler hat in Deutschland stark abgenommen. Ihr Schrumpfen ist ein Ausdruck für die größere Offenheit und soziale Mobilität der Gesellschaft im Vergleich zu den fünfziger und auch noch sechziger Jahren. Die Zahl der Wechselwähler ist hingegen gestiegen. Viele Bürger sind nicht mehr auf eine bestimmte Partei fixiert. Parteiprogramme werden damit unwichtiger, Spitzenkandidaten wichtiger. Die Nichtwähler sind keine homogene Gruppe. Ein beträchtlicher Teil stammt aus den – politisch wenig interessierten – niederen sozialen Schichten. Hiesige Wahlabstinenz ist nicht nur auf Protestverhalten zurückzuführen. Die Bundesrepublik gehörte zu den Demokratien mit der höchsten Wahlbeteiligung. Der Wahlakt galt lange als eine Art staatsbürgerliche Pflicht. In den letzten beiden Jahrzehnten jedoch ließ der Wahleifer nach.

2.2 Von 1990 bis 2013

Ungeachtet des weithin hohen Maßes an Kontinuität im Vergleich zur Zeit vor 1990: Die Unterschiede zwischen Ost und West sind bei allen Bundestagswahlen seit 1990 beträchtlich (vgl. Tab. 2.2). Die Wahlbeteiligung liegt im Osten (2009: 65,1 %; 2013: 68,1 %) deutlich unter jener im Westen (2009: 72,7 %; 2013: 73,4 %). Die Union und die SPD (bis auf 2002) schneiden im Westen des Landes besser als im Osten ab – nicht zuletzt wegen der dortigen Stärke der Postkommunisten. Gleiches gilt für die Grünen und die Liberalen (jeweils mit der Ausnahme der ersten Bundestagswahl). Die Gründe: der schwächer entfaltete Mittelstand auf der einen Seite, der geringer ausgeprägte Postmaterialismus auf der anderen. Das Elektorat der Liberalen und das der Grünen gehört überproportional stark zu den im Osten unterrepräsentierten „Besserverdienenden“.

Bei den Bundestagswahlen 1990 stimmten die Deutschen in beiden Landesteilen für Schwarz-Gelb. Der Wunsch nach einer schnellen Einheit begünstigte im Osten das Votum für die Union. 1994 hatte Schwarz-Gelb im Westen die Mehrheit, nicht aber im Osten (wegen der dort stärkeren Präferenzen für die PDS). Insgesamt gab das Ergebnis im Westen den Ausschlag. Der Urnengang 1998 förderte ein analoges Abschneiden wie 1990 zutage, diesmal allerdings zugunsten von Rot-Grün in beiden Landeshälften. Die Union hatte in den neuen Bundesländern

Tab. 2.2 Wahlverhalten im Wahlgebiet Ost (mit Berlin-Ost) und im Wahlgebiet West (mit Berlin-West) bei den Bundestagswahlen 1990 bis 2013 im Vergleich (in Prozent). (Quelle: Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlstatistiken)

Bundestagswahlen 1990	Gesamt	Ost	West
SPD	33,5	24,3	35,7
CDU/CSU	43,8	41,8	44,3
FDP	11,0	12,9	10,6
B 90/Gr	5,0	6,1	4,8
PDS	2,4	11,1	0,3
Rechtsextreme Parteien ^a	2,4	1,6	2,6
Sonstige	1,9	2,2	1,7
Bundestagswahlen 1994	Gesamt	Ost	West
SPD	36,4	31,5	37,5
CDU/CSU	41,5	38,5	42,1
FDP	6,9	3,5	7,7
B 90/Gr	7,3	4,3	7,9
PDS	4,4	19,8	0,9
Rechtsextreme Parteien ^a	1,9	1,3	2,0
Sonstige	1,6	1,1	1,9
Bundestagswahlen 1998	Gesamt	Ost	West
SPD	40,9	35,1	42,3
CDU/CSU	35,1	27,3	37,0
FDP	6,2	3,3	7,0
B 90/Gr	6,7	4,1	7,3
PDS	5,1	21,6	1,2
Rechtsextreme Parteien ^a	3,3	5,0	2,8
Sonstige	2,7	3,6	2,4
Bundestagswahlen 2002	Gesamt	Ost	West
SPD	38,5	39,7	38,3
CDU/CSU	38,5	28,3	40,8
FDP	7,4	6,4	7,6
B 90/Gr	8,6	4,7	9,4
PDS	4,0	16,9	1,1
Rechtsextreme Parteien ^a	1,0	1,7	0,9
Sonstige	2,3	5,0	1,9

(Fortsetzung)

Tab. 2.2 (Fortsetzung)

Bundestagswahlen 2005	Gesamt	Ost	West
SPD	34,2	30,4	35,1
CDU/CSU	35,2	25,3	37,5
FDP	9,8	8,0	10,2
B 90/Gr	8,1	5,2	8,8
PDS/Die Linke	8,7	25,3	4,9
Rechtsextreme Parteien ^a	2,2	4,2	1,7
Sonstige	1,7	1,5	1,8
Bundestagswahlen 2009	Gesamt	Ost	West
SPD	23,0	17,9	24,1
CDU/CSU	33,8	29,8	34,6
FDP	14,6	10,6	15,4
B 90/Gr	10,7	6,8	11,5
PDS/Die Linke	11,9	28,5	8,3
Rechtsextreme Parteien ^a	2,0	3,5	1,7
Sonstige ^a	4,0	2,9	4,4
Bundestagswahlen 2013	Gesamt	Ost	West
SPD	25,7	17,9	27,4
CDU/CSU	41,5	38,5	42,2
FDP	4,8	2,7	5,2
B 90/Gr	8,4	5,1	9,2
PDS/Die Linke	8,6	22,7	5,6
Rechtsextreme Parteien ^a	1,5	2,9	1,2
Sonstige ^b	9,5	10,2	9,2

^a1990, 2002, 2005 und 2013 kandidierten die *Republikaner* (REP) und die NPD; 1994 nur die REP; 1998 und 2009 die REP, die NPD und die DVU

^b2013 kandidierte die *Alternative für Deutschland* (AfD). Sie erreichte insgesamt 4,7 % der Stimmen, im Wahlgebiet Ost 5,8 % und im Wahlgebiet West 4,4 %

nur 27,3 % erreicht, die SPD hingegen 35,1 %. Im Jahre 2002 änderte sich daran nichts Prinzipielles: Die Union steigerte sich um einen Punkt auf 28,3 %, die SPD um 4,8 Punkte auf 39,7 %. 2005 lag die SPD im Osten auch noch vor der CDU, allerdings weniger deutlich. Bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 hingegen

brach die SPD in den neuen Bundesländern geradezu ein (jeweils 17,9 %). Hingegen erzielte die CDU 29,8 % und 38,5 %. Wäre nur in den alten Ländern gewählt worden, so hätte es 2002, 2005 und 2013 zu einer schwarz-gelben Mehrheit gereicht, gleiches Wahlverhalten vorausgesetzt. Wie die Beispiele erhellen, hat das Elektorat im Osten andere Mehrheiten herbeigeführt.

Was 1990 kaum jemand für möglich gehalten hätte: Die Nachfolgepartei der SED konnte sich behaupten – und zwar in einem Maße, wie dies wohl selbst die größten Optimisten in der Partei nicht erwartet hatten. Noch bis zur Bundestagswahl 2002 war sie faktisch eine reine Ostpartei. Doch vor allem durch die Hartz IV-Reform Gerhard Schröders schnellte der Anteil für Die Linke ebenso in den alten Bundesländern nach oben. So erreichte sie 2009, begünstigt auch durch die Existenz der Großen Koalition, 11,9 % der Stimmen: 28,5 % im Osten, 8,3 % im Westen. Bei der Bundestagswahl 2013 verlor sie zwar 3,3 Punkte, wurde aber mit 8,6 % dritte Kraft und damit die stärkste Oppositionspartei im Bundestag. Die Prägestkraft von über 40 Jahren Diktatur war wohl doch stärker als zunächst vermutet, verblasst nicht von heute auf morgen. Hinzu kommen die ökonomisch, politisch und kulturell schwierigen Probleme der Transformation.

Nicht nur der linke, sondern auch der rechte Rand reüssiert im Osten eher als im Westen, freilich auf einem deutlich niedrigeren Niveau. So konnte die anti-kapitalistisch auftrumpfende NPD in den neuen Bundesländern 2009 3,1 % der Stimmen erreichen, in den alten bloß 1,1, und 2013 lagen die Werte bei 2,8 bzw. 1,1 %. Die besseren Ergebnisse für die Partei Die Linke und die NPD (freilich auf einem massiv niedrigeren Niveau) im Osten sind einerseits sozialisationsbedingt (erklärbar durch die Zeit vor der Wiedervereinigung: starke DDR-Prägung; mangelnde Weltoffenheit des alten Systems), andererseits situationsbedingt (erklärbar durch die Zeit seit der Wiedervereinigung: u. a. Wegbrechen von Lebensentwürfen; teils hohe Arbeitslosigkeit).

Die höhere Volatilität im Osten ist wesentlich auf die dort geringere Parteibindung zurückzuführen. Mehr als 25 Jahre nach der friedlichen Revolution sind die Parteien im Vergleich zum Westen im „vorpolitischen Raum“ weniger gut verankert als im Westen. Allerdings lässt die Parteidentifikation auch in den alten Bundesländern nach. Das ist weniger ein Zeichen dafür, dass der Osten den Westen beeinflusst. Der Rückgang der Bindekraft an die Parteien hat eine seiner wesentlichen Ursachen in der größer gewordenen Individualisierung und in einer gewissen Einebnung der Wählermilieus.

Bei den Landtagswahlen sieht der Befund etwas anders aus. Ost ist nicht gleich Ost. Wer die Resultate in den neuen Bundesländern seit 1990 miteinander vergleicht, erkennt eine Vielzahl an Parallelen. Der augenfälligste Trend: Die beiden großen Parteien verlieren weithin an Stimmen. Liberale und Grüne haben

große Schwierigkeiten, die Fünfprozenthürde zu überwinden. Die PDS, die Linkspartei bzw. die Partei Die Linke konnte sich gegenüber den ersten Wahlen überall beträchtlich steigern; jetzt jedoch stagniert sie, freilich auf einem hohen Niveau. Die drei „Einbrüche“ – in Mecklenburg-Vorpommern 2002 mit 8,0 Punkten, im Osten Berlins 2006 mit 19,6 Punkten, in Brandenburg 2014 mit 8,6 Punkten – lassen sich so erklären: Die Wählerschaft strafte die Partei aufgrund ihrer (ersten) Regierungsbeteiligung ab. Insofern ist für Die Linke der Eintritt in eine Regierung ambivalent. Einerseits verliert sie Stimmen, andererseits erfährt sie eine Aufwertung und übernimmt Posten. Die NPD ist davon weit entfernt. Immerhin konnte sie in zwei Landesparlamente einziehen (Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern) und dies jeweils wiederholen, doch beim dritten Mal scheiterte sie an der Fünfprozenthürde.

Die Unterschiede zwischen Brandenburg und Sachsen sind auffallend. Die SPD dominiert klar in Brandenburg, CDU und Die Linke kämpfen um den zweiten Platz. Auf die CDU kommt mit gewissen Abweichungen von Wahl zu Wahl nur jede fünfte Stimme. Allerdings ist der Rückgang des SPD-Anteils im Vergleich zu den neunziger Jahren deutlich. Die CDU dominiert in Sachsen noch stärker als die SPD in Brandenburg, auch wenn die Triumphe der Partei aus den neunziger Jahren unter Kurt Biedenkopf der Vergangenheit angehören dürften. Hier hat die SPD bei den letzten vier Landtagswahlen lediglich etwa jede zehnte Stimme erhalten, sie rangiert hinter der doppelt so starken Partei Die Linke, die wiederum nur halb so stark ist wie die Sächsische Union.

Wieso ist Sachsen ein „schwarzes“ und Brandenburg ein „rotes“ Bundesland? Liegt dies wesentlich an der Prägung durch Persönlichkeiten wie Kurt Biedenkopf und Manfred Stolpe nach 1989? Oder ist die Zeit vor der deutschen Einheit maßgebend? Der Unmut gegenüber dem Kommunismus war im benachteiligten Sachsen weit größer als im begünstigten, Berlin umgebenden Brandenburg. Die friedliche Revolution samt einer schnellen deutschen Einheit ging maßgeblich von Leipzig, Dresden und Plauen aus, während im Berliner Umland lange die Utopie von einem dritten Weg herumgeisterte.

Die Fixierung auf den Ost-West-Vergleich lässt vergessen, dass Deutschland auch eine Nord-Süd-Differenz im Wahlverhalten aufweist. Im eher protestantisch geprägten Norden hat es die Union schwer, im katholischen Süden die SPD. Und bundesweit schwankt das Abschneiden der Parteien stärker als früher. Dieser Befund geht nicht nur auf die neuen Bundesländer zurück. So verlor die SPD bei der Bundestagswahl 2009 11,2 Prozentpunkte, die FDP 2013 9,8 Punkte (sie fiel damit unter die Fünfprozenthürde). 2009 ging der SPD jede dritte Wählerstimme verloren, 2013 konnte die FDP nur jede – frühere – dritte Wählerstimme gewinnen (jeweils im Vergleich zur letzten Wahl).

2.3 Seit 2013

Die Bundestagswahl 2013 endete mit einem paradoxen Ergebnis. Obwohl die Parteien „rechts“ der Mitte (die Union, die FDP und die AfD) mehr Stimmen und die Parteien „links“ der Mitte (die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke) weniger Stimmen erhielten als 2009, war dies bei den Mandaten umgekehrt. Der Grund: FDP und AfD scheiterten mit 4,8 und mit 4,7 % knapp an der Fünfprozenthürde. Hingegen gelangten alle drei Linksparteien in den Bundestag.

Das Scheitern der Liberalen an der Fünfprozenthürde fußte auf vielen Ursachen. Ein Grund liegt in der falschen Koalitionsstrategie des „bürgerlichen“ Lagers am Ende des Wahlkampfes: Die FDP übertrieb es nach dem für sie schlechten Ausgang bei der bayerischen Landtagswahl eine Woche vor der Bundestagswahl mit dem „Koalitionswahlkampf“ (Stichwort: „Leihstimmenkampagne“), die Union hingegen vermied jeden „Koalitionswahlkampf“, um keine Zweitstimmen an die FDP abgeben zu müssen. Die Liberalen hätten wissen müssen: Der Ausgang der bayerischen Landtagswahl mit dem guten Abschneiden der Freien Wähler bedeutet wenig für den Ausgang bei der Bundestagswahl, und die Politiker der Union: Für die Fortsetzung der Koalition bedarf es der Mandate der FDP. Der Union wäre als stärkster politischer Kraft ohnehin das Amt des Bundeskanzlers zugefallen (beim Fehlen einer „bürgerlichen“ Mandatsmehrheit).

Bei der ersten Stimmabgabe nach der Bundestagswahl 2013, der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, konnten erneut alle Bundesbürger teilnehmen. Ihr gingen Querelen um die Sperrklausel voraus. Die Fünf-Prozent-Hürde, die von der ersten Europawahl 1979 an galt, hatte das Bundesverfassungsgericht für nicht rechtens erklärt. Der Bundestag reagierte halbherzig und etablierte eine Drei-Prozent-Hürde. Auch diese Regelung „kassierte“ das Gericht (im Februar 2014). Durch die Abschaffung der Klausel sei die Funktionsfähigkeit des Parlaments nicht bedroht. Die mögliche Konsequenz der Neuregelung: verstärkte Repräsentanz kleinerer Parteien im Parlament. Allerdings schnitten die Splitterparteien nicht besser ab als bei der vorherigen Wahl. Die Union siegte auch bei dieser Europawahl (trotz Verlusten) klar vor der SPD (trotz Gewinnen). Bündnis 90/Die Grünen mussten ebenso wie die Partei Die Linke (knappe) Verluste hinnehmen. Das Ergebnis für die beiden Parteien, die 2013 hauchdünn den Einzug in den Bundestag verpasst hatten, fiel höchst unterschiedlich aus: Die AfD erreichte auf Anhieb 7,1 %, die FDP mit 3,4 % nicht einmal die Hälfte.

Da in fast allen Bundesländern die Wahlperiode fünf Jahre beträgt und aufgrund der Stabilität der Landesregierungen vorzeitige Neuwahlen ausblieben, fanden nach der Bundestagswahl 2013 nur 13 Landtagswahlen statt. Die Ergebnisse fielen zum Teil gegenläufig aus, zum Teil gleichgerichtet (vgl. Tab. 2.3). Der letzte Punkt betrifft vor allem das überaus positive Abschneiden der AfD. Diese

Tab. 2.3 Landtagswahlen seit den Bundestagswahlen 2013 im Vergleich zu den Wahlen davor (in Prozent; Abweichungen in Prozentpunkten). (Quelle: Amtliche Wahlstatistiken)

Land	Termin	CDU	SPD	B90/Gr.	Die Linke	FDP	AfD	Sonstige
Sachsen	31.08.14	39,4 (-0,8)	12,4 (+2,0)	5,7 (-0,7)	18,9 (-1,7)	3,8 (+3,0)	9,7 (-6,2)	10,1 (-2,3)
Thüringen	14.09.14	33,5 (+2,2)	12,4 (-6,1)	5,7 (-0,5)	28,2 (+0,8)	2,5 (+0,8)	10,6 (-5,2)	7,1 (-1,8)
Brandenburg	14.09.14	23,0 (+3,2)	31,9 (-1,1)	6,2 (+0,5)	18,6 (-8,6)	1,5 (+0,5)	12,2 (-5,7)	5,6 (-1,7)
Hamburg	15.02.15	15,9 (-6,0)	45,6 (-2,8)	12,3 (+1,1)	8,5 (+2,1)	7,4 (+0,7)	6,1 (+6,1)	4,2 (-1,2)
Bremen	10.05.15	22,4 (+2,0)	32,8 (-5,8)	15,1 (-7,4)	9,5 (+3,9)	6,6 (+4,2)	5,5 (+5,5)	8,0 (-2,4)
Baden-Württemberg	13.03.16	27,0 (-12,0)	12,7 (-10,4)	30,3 (+6,1)	2,9 (+0,1)	8,3 (+3,0)	15,1 (+15,1)	3,7 (-1,9)
Rheinland-Pfalz	13.03.16	31,8 (-3,4)	36,2 (+0,5)	5,3 (-10,1)	2,8 (-0,2)	6,2 (+2,0)	12,6 (+12,6)	5,1 (-1,4)
Sachsen-Anhalt	13.03.16	29,8 (-2,7)	10,6 (-10,9)	5,2 (-1,9)	16,3 (-7,4)	4,9 (+1,1)	24,3 (+24,3)	8,9 (-2,5)
Mecklenburg-Vorpommern	04.09.16	19,0 (-4,0)	30,6 (-5,0)	4,8 (-6,7)	13,2 (-5,2)	3,0 (+0,2)	20,8 (+20,8)	8,6 (-4,9)
Berlin	18.09.16	17,6 (-5,7)	21,6 (-6,7)	15,2 (-2,4)	15,6 (+3,9)	6,7 (+4,9)	14,2 (+14,2)	9,2 (-8,2)
Saarland	26.03.17	40,7 (+5,5)	29,6 (-1,0)	4,0 (-1,0)	12,8 (-3,3)	3,3 (+2,1)	6,2 (+6,2)	3,4 (-8,5)
Schleswig-Holstein	07.05.17	32,0 (+1,2)	27,3 (-3,1)	12,9 (-0,3)	3,8 (+1,5)	11,5 (+3,3)	5,9 (+5,9)	7,6 (-8,5)
Nordrhein-Westfalen	14.05.17	33,0 (+6,7)	31,2 (-7,9)	6,4 (-4,9)	4,9 (+2,4)	12,6 (+4,0)	7,4 (+7,4)	4,5 (-7,7)

zog in alle 13 Landtage ein, Bündnis 90/Die Grünen in elf, Die Linke in neun und die FDP in sieben.

Der Ausgang der drei Landtagswahlen 2014 in Sachsen, Brandenburg und Thüringen ließ die Öffentlichkeit durch die großen Erfolge der AfD aufhorchen. Die FDP ist nun in allen drei Ländern nicht mehr im Landtag vertreten, nachdem sie 2009 sehr gut abgeschnitten hatte. Die Partei Die Linke konnte sich in Thüringen von Wahl zu Wahl verbessern. Das Ergebnis von 28,2 % ist das beste, das sie bei einer Landtagswahl jemals erreicht hat. Die NPD schaffte in keinem der drei Bundesländer den Einzug in das Parlament, also auch nicht mehr in Sachsen (wie 2004 und 2009). Die Resultate für die beiden Volksparteien und für die Grünen fielen durchwachsen aus.

Die Wahlen in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg 2015 bestätigten die SPD trotz der Stimmenverluste als eindeutigen Wahlsieger. Die CDU blieb als zweite Kraft klar dahinter, erst recht Bündnis 90/Die Grünen als dritte Kraft. Steigerte sich die Partei Die Linke in beiden Stadtstaaten (vierter Platz), so gelang dies auch der FDP. Sie lag damit vor der AfD, die jeweils knapp die Fünfprozenthürde überwinden konnte. Zu dieser Zeit stand noch der euro(pa)kritische Bernd Lucke an der Spitze der Partei. Er musste nach einem Machtkampf bald dem Gespann um Frauke Petry und Jörg Meuthen Platz machen und verließ mit seiner Richtung die AfD.

Der Ausgang der drei Wahlen am 13. März 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt und der beiden Wahlen im September in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin bedeutete für das Wahlverhalten eine Zäsur vor allem in zwei Punkten. Erstens: Die als rechtspopulistisch geltende AfD avancierte in Sachsen-Anhalt (24,3 %) und in Mecklenburg-Vorpommern (20,8 %) zur zweitstärksten Kraft, in Baden-Württemberg (15,1 %) und Rheinland-Pfalz (12,6 %) jeweils zur drittstärksten. In Berlin langte es mit 14,2 % zwar nur zum fünften Platz, aber sie lag damit lediglich knapp hinter der CDU, der Partei Die Linke sowie den Grünen. Die AfD schnitt in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Thüringen besser als die SPD ab, in Mecklenburg-Vorpommern besser als die CDU. Zweitens: Die großen Volksparteien CDU und SPD erreichten in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zusammen keine 50 % der Stimmen. In Sachsen-Anhalt entfielen auf sie sogar weniger Stimmen als auf die beiden populistischen Kräfte AfD und Die Linke. Und in Berlin erzielte die SPD als stärkste Kraft nur 21,6 %, mit der CDU zusammen nicht einmal 40 %. Das alles hatte es zuvor ebenso nicht gegeben wie die Etablierung der Grünen zur stärksten Kraft in einem Bundesland (Baden-Württemberg).

Vor den drei Landtagswahlen 2017 im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen hatte die SPD mit Martin Schulz einen neuen Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl und neuen Vorsitzenden gekürt, der die Partei in den Meinungsumfragen zunächst fast an die Werte der Union heranführen konnte. Doch schnell begann sein Stern zu sinken. Auch wenn Landtagswahlen naturgemäß nicht allein von der Bundespolitik bestimmt sind, war er offenkundig kein Zugpferd für die SPD, wie die Ergebnisse erkennen ließen. Erlebte die SPD in allen drei Ländern einen Stimmenrückgang, zum Teil einen deutlichen (wie in Nordrhein-Westfalen), gewann die CDU überall hinzu, im Saarland 5,5 Punkte und in Nordrhein-Westfalen sogar 6,7 Punkte – das sind die größten Zunahmen seit der Kanzlerschaft Angela Merkels bei einer Landtagswahl. Der „natürliche“ Partner der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, musste parallel dazu Einbußen hinnehmen, der „natürliche“ Partner der CDU, die FDP, legte deutlich zu. Die AfD überwand zwar die Fünfprozenthürde, aber der Rückgang des Zuzugs von Flüchtlingen löste bei ihr einen Rückgang der Stimmen aus.

Wegen der in den letzten Jahren stark rückläufigen Wahlbeteiligung machten vielfältige Reformüberlegungen die Runde (z. B. „Wahlwochen“, „Wahlen im Supermarkt“), um diesem Trend Einhalt zu gebieten. Sank die Wahlbeteiligungsquote noch bei sämtlichen Landtagswahlen 2014/15, so stieg sie 2016 und 2017 überall, und zwar in einer Höhe von 4,1 bis 10,4 Punkten (vgl. Tab. 2.4).

Tab. 2.4 Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen seit den Bundestagswahlen 2013 im Vergleich zu den Wahlen davor (in Prozent; Abweichungen in Prozentpunkten). (Quelle: Amtliche Wahlstatistiken)

Sachsen	49,1	(−3,1)	
Thüringen	52,7	(−3,5)	
Brandenburg	47,9	(−19,1)	
Hamburg	56,5	(−0,8)	
Bremen	50,2	(−5,3)	
Baden-Württemberg	70,4	(+4,1)	
Rheinland-Pfalz	70,4	(+8,6)	
Sachsen-Anhalt	61,1	(+9,9)	
Mecklenburg-Vorpommern	61,9	(+10,4)	
Berlin	66,9	(+6,7)	
Saarland	69,7	(+8,1)	
Schleswig-Holstein	65,0	(+4,8)	
Nordrhein-Westfalen	65,2	(+5,6)	

Wie die Wahlforschung zeigen konnte, profitierte davon überproportional die AfD, jedenfalls 2016. Offenbar hatte ein Teil der bisherigen Nichtwähler den Eindruck, eine „echte“ Alternative zu den Etablierten sei nun vorhanden. Die Behauptung, eine höhere Wahlbeteiligung schwäche radikalere Kräfte, muss in dieser Pauschalität ebenso wenig stimmen wie das Gegenteil: Eine niedrige Wahlbeteiligung nütze Flügelparteien.

Der Ausgang von Landtagswahlen ist allenfalls bedingt ein Indikator für den Ausgang der Bundestagswahlen, wie beispielsweise das Jahr 2013 illustriert. So triumphierte die Union bei der Bundestagswahl, obwohl sie bei den Landtagswahlen zuvor zum Teil herbe Verluste hatte hinnehmen müssen. Wegen der nachlassenden Bindung an Parteien ist das Ausmaß an Volatilität beträchtlich. Bürger entscheiden kurzfristiger, situativer. Ein markantes Ereignis, etwa ein Attentat durch Fundamentalisten kurz vor der Bundestagswahl, kann sämtliche Vorhersagen über den Haufen werfen.

Bundestagswahlen

Wahlverhalten - Parteiensystem - Koalitionsszenarien

Jesse, E.

2018, VII, 52 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-18900-6